



DFR – Kurz gesagt

Newsletter aus der Bundesgeschäftsstelle

GroKo muss gleichstellungspolitischen Reformstau auflösen

Der Deutsche Frauenrat erwartet von der zukünftigen Bundesregierung deutlich mehr Engagement in Sachen Gleichstellungspolitik. „Was im Sondierungspapier steht, kann unmöglich alles gewesen sein“ so Mona Küppers, Vorsitzende des Deutschen Frauenrats. Eine Zusammenstellung der Themen, die in einen Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD Eingang finden müssen, beinhaltet u.a. die Einrichtung einer nationalen Service- und Monitoringstelle, einen Finanzrahmen für das Aktionsprogramm zur Bekämpfung von Gewalt gegenüber Frauen und Kindern, die Ausweitung des Quotengesetzes auf mehr Unternehmen, eine geschlechterparitätische Besetzung zumindest der neuen Bundesregierung und des Bundestages, das Entgelttransparenzgesetz muss ausgedehnt und um ein Verbandsklagerecht erweitert werden, Minijobs müssen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt werden, Aufwertung der SAHGE-Berufe, Abschaffung der Steuerklasse V. Ausführlich zu finden unter:

<https://www.frauenrat.de/groko-muss-gleichstellungspolitischen-reformstau-aufloesen/>

EWL-Bericht über Gewalt gegen Frauen und Mädchen im Internet

Die European Women's Lobby hat 2017 in einem 6-monatigen Projekt den aktuellen Stand von online-Gewalt gegen Frauen und Mädchen analysiert. Dieser Analyse zufolge haben in Europa 9 Millionen Mädchen seit ihrem 15. Lebensjahr auf die eine oder andere Art Cybergewalt erfahren. Insgesamt werden Frauen 27mal häufiger im Internet belästigt als Männer. Die EWL stellt unter dem Titel *#HerNetHerRightsResource* ein Paket zur Verfügung, mit dem Online-Gewalt gegen Frauen und Mädchen in Europa beendet werden soll. Neben den Ergebnissen des Projekts mit Zahlen und Fakten werden politische Empfehlungen ausgesprochen. Zu finden unter:

https://www.womenlobby.org/IMG/pdf/hernetherrights_resource_pack_2017_web_version.pdf

Neue Studie: Gleichstellung im Mediensektor in Europa

Die europäische Medienindustrie ist heute immer noch gekennzeichnet durch einen signifikanten Gender Pay Gap, geschlechtsspezifische Diskriminierung und sexuelle Belästigung. Zudem sind Frauen als Medienschaffende stark unterrepräsentiert, insbesondere in Führungspositionen. Dieser Befund schlägt sich auch in der Produktion und Verteilung von Medieninhalten nieder, die viel zu häufig weibliche Stereotype transportieren. Eine neue Studie im Auftrag des Gleichstellungsausschusses des Europäischen Parlaments FEMM untersucht die Schlüsselemente der europäischen Politik, die die Gleichstellung von Frauen im Mediensektor auf EU-Ebene und in den Mitgliedstaaten fördern soll. Die Studie in englischer Sprache unter:

[http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2018/596839/IPOL_STU\(2018\)596839_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2018/596839/IPOL_STU(2018)596839_EN.pdf)